

---

**Bekanntmachung  
der deutsch-mexikanischen Vereinbarung  
über Finanzielle Zusammenarbeit**

**Vom 20. März 2013**

Die Vereinbarung in der Form eines Notenwechsels vom 28. September 2012/23. Oktober 2012 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Mexikanischen Staaten über Finanzielle Zusammenarbeit (Vorhaben „Programm Kommunalen Umweltschutz I“) ist nach ihrer Inkraft-tretensklausel

am 23. Oktober 2012

in Kraft getreten; die deutsche einleitende Note wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 20. März 2013

Bundesministerium  
für wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung  
Im Auftrag  
Klaus Krämer

Botschaft  
der Bundesrepublik Deutschland

Mexiko-Stadt, 28. September 2012

Embajada de la República  
Federal de Alemania  
México

### Verbalnote

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland beehrt sich, dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Vereinigten Mexikanischen Staaten unter Bezugnahme auf Ziffer 2.2 des Protokolls der Regierungsverhandlungen vom 10. bis 11. September 2009 sowie Ziffern 2.1.1.2 und 3.2 des Protokolls der Regierungsverhandlungen vom 22. bis 23. November 2011 den Abschluss der nachfolgenden Vereinbarung über Finanzielle Zusammenarbeit zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Mexikanischen Staaten zur Finanzierung der ersten Tranche des Vorhabens „Programm Kommunalen Umweltschutz“ („Programm Kommunalen Umweltschutz I“) vorzuschlagen, dessen Durchführung – in Übereinstimmung mit dem Darlehensvertrag mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), dessen Unterzeichnung vom Verwaltungsrat der North American Development Bank („NADBANK“) am 8. Dezember 2011 mit Beschluss Nummer 2011–22 zugestimmt worden ist – der NADBANK übertragen wird. Die Vereinbarung soll folgenden Wortlaut haben:

1. Ziel der vorliegenden Vereinbarung ist es, die Grundlagen für die Gewährung der folgenden Beträge für das Vorhaben „Programm Kommunalen Umweltschutz I“ über das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland und die KfW an die NADBANK (im Folgenden als „Begünstigte“ bezeichnet) zu schaffen, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieses Vorhabens festgestellt worden und die gute Kreditwürdigkeit der Begünstigten weiterhin gegeben ist.
  - a) Ein zinsvergünstigtes Darlehen der KfW an die NADBANK in Höhe von bis zu 40 Millionen Euro, das eine erste Tranche des 2009 über einen Gesamtbetrag von bis zu 90 Millionen Euro zugesagten zinsvergünstigten Darlehens, zur Durchführung des Vorhabens „Programm Kommunalen Umweltschutz I“ ist;
  - b) einen Finanzierungsbeitrag der KfW an NADBANK für eine notwendige Begleitmaßnahme mit einem Gesamtbetrag von bis zu 1 Million Euro zur Durchführung und zur Unterstützung des Vorhabens „Programm Kommunalen Umweltschutz I“.
2. Das unter Nummer 1 Buchstabe a genannte Vorhaben kann nicht durch andere Vorhaben ersetzt werden.
3. Falls zu einem späteren Zeitpunkt die Möglichkeit in Betracht gezogen wird, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Weiterverfolgung des in Nummer 1 Buchstabe a genannten Vorhabens zu erhalten, findet diese Vereinbarung Anwendung.
4. Finanzierungsbeiträge für Vorbereitungs- und Begleitmaßnahmen nach Nummer 1, Buchstabe b, die nicht für das unter Nummer 1 Buchstabe a genannte Vorhaben eingesetzt werden, werden in zinsvergünstigte Darlehen umgewandelt.
5. Die Verwendung der unter Nummer 1 genannten Beträge sowie die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, bestimmen die zwischen der KfW und der Begünstigten zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen. Das Verfahren der Auftragsvergabe für Bauvorhaben, Güter und Dienstleistungen erfolgt nach der anzuwendenden Gesetzgebung und entsprechend den internationalen Wettbewerbsregeln gewährleistenden Standards der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).
6. Die Zusage des unter Nummer 1 Buchstabe a genannten Betrages entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von acht Jahren nach dem Jahr, in dem die Zusage erfolgte, der entsprechende Darlehensvertrag geschlossen wurde. Für diesen Betrag aus der Zusage des Jahres 2009 in Höhe von bis zu 40 Millionen Euro endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2017. Die Zusage des unter Nummer 1 Buchstabe b genannten Betrages entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von acht Jahren nach dem Jahr, in dem die Zuweisung erfolgte, der entsprechende Finanzierungsvertrag geschlossen wurde. Für diesen Betrag aus der Zusage des Jahres 2011 über einen Gesamtbetrag von 1 Million Euro endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2019.
7. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Vereinigten Mexikanischen Staaten informieren bei den nach dem Abkommen vom 8. Oktober 1997 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Mexikanischen Staaten über Technische Zusammenarbeit festgelegten Treffen zu Regierungsgesprächen über Technische und Finanzielle Zusammenarbeit über die bei der Durchführung des Vorhabens erzielten Fortschritte.

8. Die Zinszahlungen aus dem in Rede stehenden vergünstigten Darlehen nach Nummer 1 Buchstabe a sind nach dem Abkommen vom 9. Juli 2008 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Mexikanischen Staaten zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen von der Einkommenssteuer befreit. Soweit steuerliche Verpflichtungen auf bundesstaatlicher Ebene anfallen, die aus Anlass des vergünstigten Darlehens verursacht werden, werden diese unmittelbar durch die Begünstigte eingezahlt.
9. Aus Nummer 8 können keinerlei Erstattungen oder Vergütungen außer denjenigen abgeleitet werden, die in Übereinstimmung mit dem in Nummer 8 erwähnten Abkommen oder der mexikanischen Steuergesetzgebung auf bundesstaatlicher Ebene stehen.
10. Diese Vereinbarung gilt für die Beförderung von Personen und Gütern im Luft-, See- und Landverkehr nach den von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Mexikanischen Staaten eingegangenen internationalen Verpflichtungen, kraft anderer für beide verpflichtende bilateraler und/oder multilateraler internationaler Übereinkommen sowie ihrer in dem Bereich entsprechenden nationalen Gesetzgebung.
11. Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieser Vereinbarung werden, soweit möglich, einvernehmlich durch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Vereinigten Mexikanischen Staaten beigelegt.
12. Diese Vereinbarung kann im Einvernehmen der Vertragsparteien in schriftlicher Form durch einen diplomatischen Notenwechsel geändert werden, der das Datum bezeichnet, an dem die Änderungen in Kraft treten.
13. Diese Vereinbarung wird auf unbestimmte Zeit geschlossen und kann von jeder Vertragspartei jederzeit auf diplomatischem Weg schriftlich gekündigt werden; sie tritt sechs Monate nach dem Zeitpunkt außer Kraft, in dem die Kündigung mitgeteilt wurde.
14. Die vorzeitige Beendigung dieser Vereinbarung beeinträchtigt nicht die durch die KfW beziehungsweise die Begünstigte erworbenen Rechte im Zusammenhang mit den laufenden Vorhaben und Finanzierungstätigkeiten.
15. Diese Vereinbarung wird in deutscher und spanischer Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Falls sich die Regierung der Vereinigten Mexikanischen Staaten mit den unter den Nummern 1 bis 15 gemachten Vorschlägen einverstanden erklärt, werden diese Verbalnote und die das Einverständnis der Regierung der Vereinigten Mexikanischen Staaten zum Ausdruck bringende Antwortnote des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Vereinigten Mexikanischen Staaten eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Mexikanischen Staaten bilden, die mit dem Datum der Antwortnote in Kraft tritt.

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland benutzt diesen Anlass, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Vereinigten Mexikanischen Staaten erneut ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

An das  
Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten  
der Vereinigten Mexikanischen Staaten  
Abteilung AMEXCID  
Mexiko-Stadt